

Gibt es eine Energiewende ohne Steuerreformen?

Antworten aus Lateinamerika

Hans-Jürgen Burchardt

1 Einleitung

Der der Dekarbonisierung der Weltwirtschaft folgende globale Rohstoffhunger wird bald zu einem neuen sogenannten grünen Rohstoffboom führen, für den Lateinamerika gut gerüstet ist. Die Region verfügt weltweit über knapp ein Drittel der internationalen Kupfer-, Bauxit-, Silber-, Kohle- und Ölvorräte, insgesamt über mehr als ein Drittel aller Mineralien, die für die Klimaneutralität der Industrienationen wirtschaftsstrategisch wichtig sind und produziert zudem einen bedeutenden Anteil der globalen Grundnahrungsmittel. Der Subkontinent ist im Bereich der Produktion von Energiepflanzen für Biokraftstoffe, dem Abbau von Lithium für die Herstellung von Batterien für Elektromotoren oder der Speicherung von Kohlendioxid in Wäldern führend und besitzt zusätzlich attraktive Bedingungen für die Herstellung von grünem Wasserstoff (vgl. Dietz, Dorn und Schlosser in diesem Band).

Für Lateinamerika ist also ein erneutes Erstarken eines rohstoffexportierenden Entwicklungsweges zu erwarten¹, welcher bereits die letzten beiden Jahrzehnte deutlich geprägt hat. In Zukunft soll diese Strategie aber mit Anforderungen der Nachhaltigkeit verbunden werden und als Transmissionsriemen für eine Energiewende dienen. Eine neue Phase der Rohstoffausbeutung, ein sogenannter 'grüner Extraktivismus', wird vorbereitet. Danach soll die Gewinnung und Verwertung von Rohstoffen über den Einsatz von umweltfreundlichem Hightech, der Schaffung von *green jobs* und klimafreundlichem Rohstoffabbau mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung sowie einer 'kohlenstoffarmen' Zukunft für alle möglich werden (Voskoboynik/Andreucci 2021).

1 Die Internationale Energieagentur (IEA 2021) prognostiziert, dass die Nachfrage nach Lithium bis 2040 im Vergleich zu 2020 um das 43-fache, nach Kupfer um das 28-fache und nach Kobalt um das 21-fache ansteigen wird.

Um zu prüfen, welche Erfolgchancen ein solches Entwicklungsmodell hat, bietet es sich an, die letzte Rohstoffboomphase (2003-2014) der Region genauer zu analysieren. Hierbei wurde versucht, Armut und eklatante soziale Ungleichheit durch eine rohstoffexportierende Entwicklungsstrategie zu verringern. Der folgende Beitrag skizziert zentrale Charakteristika dieser Boomphase, analysiert anhand der Arbeitsbeziehungen und Steuersysteme die Ergebnisse der damaligen Reformbemühungen und identifiziert die Bedingungen, die heute erfüllt werden müssen, damit ein rohstoffexportierendes Entwicklungsmodell die Anforderungen einer sozial-ökologischen Transformation in Richtung von sozialer Kohäsion und nachhaltiger Entwicklung erfüllen kann.

2 Rohstoffe und Entwicklung in Lateinamerika

Zwischen 2003-2014 hat sich Lateinamerika durch ein fast durchgehend hohes und robustes Wirtschaftswachstum ausgezeichnet. Dieses beruhte zu einem großen Anteil auf dem gleichen Fundament, welches dem Subkontinent bereits mehrfach zum wirtschaftlichen Aufschwung verhalf: die Extraktion und der Export von Rohstoffen. Diese Wirtschaftsform begann in Lateinamerika mit der Plünderung der Edelmetallvorkommen und der kolonialen Unterdrückung der indigenen Bevölkerung vor 500 Jahren. Zum herrschenden Gesellschaftsmodell wurde der Extraktivismus² jedoch erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dabei wurden die bis heute für Staat und Gesellschaft gültigen Entwicklungsdeterminanten konstituiert: Erstens, der *export of nature* (Coronil 2013: 43), also ein primär auf Ausbeutung und Verwertung ausgerichtetes Verhältnis zur Natur (Burchardt/Leinius 2022). Zweitens eine rohstoffbasierte Entwicklung und somit große Abhängigkeit von der Rohstoffpreisentwicklung auf dem Weltmarkt. Und im Zuge dieser Globalisierung (Bayly 2004) begann drittens die struktu-

2 Der Begriff Extraktivismus leitet sich aus dem Lateinischen *ex-tractum* „das Herausgezogene“ ab und wird als Synonym für das Herausziehen, Abbauen oder Fördern verwendet. Er wurde vor allem in den Wirtschaftswissenschaften zur Beschreibung von Wirtschaftsformen und -sektoren (v.a. Bergbau) eingesetzt, die auf einem Abbau von Rohstoffen basieren. In Lateinamerika wird seit mehr als zehn Jahren mit dem Konzept Extraktivismus ein spezifisches Entwicklungs- bzw. Regulationsmodell diskutiert, über das die Politik verstärkt versucht, die Renten aus Primärgüterexporten für gesellschaftliche Entwicklung und für mehr soziale Teilhabe einzusetzen (vgl. Burchardt/Dietz 2014, siehe zum Thema auch: www.extractivism.de).

relle Verankerung der bis heute extrem hohen Ungleichheitsraten in der Region (WID 2024; Williamson 2015).

Im Mittelpunkt der jüngsten Phase dieses Extraktivismus standen Sektoren wie der Bergbau und fossile Energierohstoffe (Öl, Gas, Kohle), aber auch monokulturell angebaute Agrar- und Forstprodukte wie Soja, Kautschuk, Zuckerrohr und Palmöl (Burchardt/Dietz 2014). Die wachsende Nachfrage nach Rohstoffen sowie die dadurch in die Höhe schnellenden Rohstoffpreise füllten fast in der gesamten Region die Staatskassen.

Diese Dynamik wurde nicht nur von makroökonomischen Gleichgewichten und niedriger Inflation flankiert. Sie wurden auch von expansiven Sozial- und Arbeitspolitiken begleitet, die in der Region mit den höchsten Ungleichheitsraten weltweit zu einer Entschärfung der sozialen Frage führten. So sanken die Armutsraten in den meisten Ländern Lateinamerikas bis Mitte der zweiten Dekade auf den niedrigsten Stand seit zwanzig Jahren: im Durchschnitt lebte nur noch ein Drittel der Bevölkerung in Armut. Zusätzlich war eine Verbreiterung und deutliche Aufwärtsmobilität der Mittelschichten zu beobachten, die allein in Brasilien rund 20 Millionen Personen umfasste. Gleichzeitig stieg der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in vielen Staaten signifikant an (Blofield/Filgueira 2020; CEPAL 2012b; ILO 2013). Auch in Bezug auf die stark disparaten Arbeitsmärkte Lateinamerikas, die mit ihrem hohen Anteil informeller Beschäftigung als „Fabrik der Ungleichheit“ (CEPAL 2012c: 225) wirken, wurde eine Reihe arbeitspolitischer Initiativen durchgeführt, dank derer sich die registrierte Arbeitslosigkeit fast halbierte (ILO 2013). Des Weiteren waren die Demokratien Lateinamerikas relativ beständig. Insgesamt besaßen die Regierungen der *pink tide* (Ellner 2019) eine breite politische und gesellschaftliche Unterstützung.

Diese Melange aus wirtschaftlichen Erfolgen, sozialen Verbesserungen, stabiler Demokratie und starker gesellschaftlicher Legitimation war in der Geschichte der 200-jährigen Unabhängigkeit Lateinamerikas eine bedeutende Etappe. Sie hat zu einer deutlichen Aufwertung des Staates und Ausweitung seiner Aktivitäten in der Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik geführt. Die folgende Analyse des Aufstiegs, des Erfolges und des späteren Scheiterns dieses Extraktivismus kann uns Hinweise auf die Potenziale und Risiken des rohstoffbasierten Entwicklungsmodells sowie auf die Transformationsfähigkeit von Rohstoffländern geben.

3 Rohstoffe und Arbeit

Viele lateinamerikanische Regierungen haben den Extraktivismus als eine temporäre Strategie verstanden, mit dem die nötigen Ressourcen für ein solides Wirtschaftsfundament und die Bearbeitung der sozialen Frage mobilisiert werden sollten. Das anvisierte Entwicklungsziel wurde, unabhängig von Paradigmen und politischer Couleur, mit Konzepten wie Produktivitätszuwachs sowie qualitativem oder integrativem Wachstum umschrieben (ILO 2013; World Bank 2012).

Solche Strategien sind immer mit der Frage der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit verbunden (ILO 2012). Es bleibt also zu prüfen, wieweit es das rohstoffexportierende Entwicklungsmodell in Lateinamerika geschafft hat, über die Gewährleistung guter Ausbildung und sozialer Absicherung qualitativ hochwertige Arbeit zu generieren, welche über eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität das Fundament für eine produktive und nachhaltige Wirtschaft schafft. Im Folgenden werden die wichtigsten Makrotrends in diesem Feld skizziert.

Mit Blick auf den sektoralen Beschäftigungswandel nahm die Gesamtbeschäftigung in Lateinamerika im Primärsektor (der Ressourcenextraktion) trotz ökonomischer Aufwertung in der letzten Boomphase um mehr als drei Prozent ab. Bei Extraktionsökonomien handelt es sich häufig um Enklaven, die entweder wenig Beschäftigte benötigen oder wenig formale Tätigkeiten generieren. Generell sind extraktive Aktivitäten kapitalintensiv und binden lediglich einen sehr kleinen Teil der Beschäftigung (Ericsson/Löf 2018). Die Industriebeschäftigung hat sich mit etwas mehr als 20 Prozent und der öffentliche Dienst mit rund elf Prozent an der Gesamtbeschäftigung regional kaum verändert. Auch die öffentliche Beschäftigung ist nicht gewachsen; dies liegt daran, dass viele zentrale Dienste und Infrastrukturmaßnahmen in Lateinamerika privat und oft informell (*domestic work*) durchgeführt und somit statistisch eher dem tertiären Sektor zugeordnet werden. Insgesamt entstanden in der letzten Boomphase in Lateinamerika vor allem im ausgeprägt informellen Tertiärsektor Beschäftigungseffekte, in dem fast zwei Drittel aller Erwerbsfähigen tätig waren (ILO 2013, 2023; CEPAL 2022).

Im Bereich der sozialpolitischen Einbettungen der Arbeitsbeziehungen wurde die Einführung von *Conditional Cash Transfers* (CCTs) lange als innovative sozialpolitische Erneuerung gelobt. Die Rede ist von international gefeierten Programmen wie die Bolsa Familia in Brasilien. Solche Sozial-

transfers erreichten rund 12 Prozent aller lateinamerikanischen Haushalte (in Brasilien z.B. 44 Mio. Menschen) und führten zu einer signifikanten Abnahme der Armut. Im Vergleich mit anderen Sozialleistungen war die Höhe der Ausgaben der CCTs mit 0,25 Prozent des regionalen Bruttoinlandsprodukts dennoch minimal und lag weit hinten den Möglichkeiten der Boomzeit (CEPAL 2016). In Wirklichkeit gab es kaum sozialpolitische Innovationen, die mit dem tradierten Muster der exklusiven Sozialpolitik Lateinamerikas brachen. Ressourcenmäßig überwog die Stärkung früherer Sozialversicherungsformen, welche der Bismarck'schen Logik folgend, den Versicherungs- mit dem formalen, privilegierten, Berufsstatus verkoppelten und sich, mit Blick auf Umverteilungspotenziale, durch stark regressiv wirkende Effekte auszeichnen (Filgueira et al. 2011; World Bank 2012). Die Mehrheit der erhöhten sozialstaatlichen Leistungen kam also formal beschäftigten und sozial abgesicherten Arbeitnehmer:innen und Einkommensschichten zugute³. Das ärmste Fünftel der Bevölkerung erhielt auch während der Boomphase nur knapp zehn Prozent aller Sozialtransfers. Mit anderen Worten: Wohlhabende bzw. vetofähige Gruppen wurden sozialpolitisch weiter gefördert, während weniger einflussreiche Schichten vor allem durch assistentialistische Politiken wie CCTs alimentiert wurden. Forderungen, breitenwirksame sozialpolitische Leistungen in universelle soziale Rechte umzuwandeln (Barrientos 2013), wurden in der Region nur selten umgesetzt. Insgesamt ist es nicht gelungen, dass traditionell hohe Maß an informeller Arbeit während der Boomphase signifikant zu verringern; für die unteren Einkommensgruppen sank teilweise sogar der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen (CEPAL 2011). Und da assistentialistische Leistungen nicht über Steuereinnahmen, sondern primär über zusätzliche Rohstoffeinnahmen finanziert wurden, blieben sie hochgradig von Weltmarktpreisen und krisenabhängig (Borges 2018).

Die fehlenden Bemühungen, Sozialpolitik zu universalisieren und somit über gute Ausbildungschancen und soziale Absicherung qualitativ hochwertigere Arbeitsbedingungen zu schaffen, hatte direkte Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität. So weisen Studien zur Entwicklung der Produktivität der Arbeit ebenfalls auf einen Status-quo Erhalt in der Region hin. Trotz einiger arbeitspolitischer Maßnahmen, insbesondere die Einführung und regelmäßige Erhöhung von Mindestlöhnen, zeichneten sich die latein-

3 Nur elf der 33 Länder in der Region besitzen eine Arbeitslosenversicherung und ein nur Drittel der erwerbstätigen Personen, die in Haushalten mit niedrigem und unterem bis mittlerem Einkommen leben, ist rentenversichert (CEPAL2020a).

amerikanischen Ökonomien auch während der Boomphase weiter durch eine extreme strukturelle Heterogenität (Diao et al. 2019) aus. Dies betrifft zum einen die Arbeitsproduktivität, zum anderen aber auch die Beschäftigungsstruktur. Im Feld der Arbeitsproduktivität zeichnet sich der extraktive Sektor wie der Bergbau durch enorm hohe Werte aus, ohne dass diese sich über die Zeit hinweg mit den Produktivitätswerten anderer Sektoren wie der Industrieproduktion ausglich (De Vries et al. 2021). In der Region wirkte kein Angleichungsmechanismus, der die verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren miteinander verkoppelt und dafür Sorge trägt, dass (Produktivitäts-)Gewinne in einem Feld zum Aufbau und zu Effizienzsteigerungen in anderen Bereichen führte.

Die Struktur des Arbeitsmarktes unterstreicht diesen Befund ebenfalls. So stand einem schmalen, sozialpolitisch gut abgesicherten Beschäftigungssegment mit ökonomisch großer Bedeutung ein mittleres, teilreguliertes Segment kleinerer Betriebe mit einem hohen Anteil Erwerbstätiger in der informellen Ökonomie gegenüber, die ökonomisch eine nachgeordnete Bedeutung haben. Deutlich wird dies, wenn man die Betriebsgrößen und deren Beschäftigungsanzahl mit ihrem jeweiligen BIP-Anteil korreliert. Im ersten Segment arbeiteten, meistens in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten, 19,8 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung und es wurden 66,9 Prozent des BIP produziert. Das zweite Segment umfasste mittelgroße bis kleine Betriebe mit 30 Prozent der Erwerbsbevölkerung und mit einem Anteil von 22,5 Prozent am BIP. Rund die Hälfte aller lateinamerikanischen Erwerbstätigen war hingegen im dritten Segment beschäftigt, wo nicht einmal elf Prozent des BIP erwirtschaftet wurden. Die Pro-Kopf-Produktivität liegt im produktivsten Segment um mehr als das 16-fache höher als im Segment niedriger Produktivität (CEPAL 2011: 110ff.).

Diese Fragmentierung der Arbeitsmärkte mit einem hohen Anteil informeller Beschäftigung, also prekärer Arbeitsbeziehungen ohne soziale und legale Absicherung, die oft kaum zum Lebensunterhalt reichten, wurde während der Boomphase nur diskret verändert und bleibt – bis heute – ein prägendes Strukturmerkmal lateinamerikanischer Gesellschaften. In den letzten Jahren oszilliert die informelle Beschäftigung ohne große Veränderungen weiter bei etwa 50 Prozent aller Erwerbstätigen der Region, also über 160 Millionen Menschen, deren Mehrheit junge Menschen und Frauen sind (ILO 2020; 2023).

Diese traditionell sehr disparaten Arbeitsmärkte Lateinamerikas erschwerten oder blockierten mit ihrer niedrigen Arbeitsproduktivität wiederum die während der *pink tide* anvisierten Produktivitätssteigerungen,

wie verschiedene Indikatoren dokumentieren: Lag der internationale Wert der Beschäftigungselastizität, bei dem eine hohe Elastizität Ausdruck für arbeitsintensive Produktion und geringe Arbeitsproduktivität ist, während der Boomphase im internationalen Durchschnitt bei 0,32–0,37 Punkten, war er in Lateinamerika fast doppelt so hoch. Er bewegte sich seit drei Dekaden um 0,6 Punkte und hat sich auch während der Boomphase kaum verbessert (ILO 2013: 25). Die regionale Zunahme der Produktion wurde also primär nicht mit hochwertiger Arbeit, sondern eher durch die Ausweitung arbeitsintensiver Tätigkeiten erreicht:

„[...] the region made some progress between 2002 and 2010, with labour productivity rising at the rate of 1.5% a year. But this progress falls short of that seen in other regions such as Sub-Saharan Africa (2.1%) and, above all, East Asia (8.3%, not counting Japan and the Republic of Korea). Moreover, in many of the countries of the region these gains have not been distributed equitably.” (ECLAC/ILO 2012: 2; vgl. auch Paus 2020).

Mit anderen Worten: Es wurde vor allem Beschäftigung ohne Produktivität und ohne wirtschaftlichen Output geschaffen.

Bei der Entwicklung der Lohnquote⁴ wird die gleiche Tendenz sichtbar. Berechnungen zeigen, dass diese während der Boomphase in 13 Ländern abgenommen hat und sich insgesamt eine Lohnquote errechnen ließ, die zwischen 23 und 48 Prozent variierte und sich regional bei 40 Prozent einpendelte. Im Vergleich dazu hatte die OECD im gleichen Zeitraum eine durchschnittliche Lohnquote von über 50 Prozent (ILO 2012: 40). In der Regel wird davon ausgegangen, dass eine sinkende Lohnquote zu einer geringeren Teilhabe der Lohnabhängigen an der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung und darüber zu wachsender Einkommensungleichheit zugunsten von Kapital und Rente führt. Paradoxerweise war aber in Lateinamerika im letzten Jahrzehnt das Gegenteil zu beobachten. Nicht nur die Lohnquote, sondern auch der Gini-Koeffizient und somit die darüber zu messende Einkommensungleichheit sanken. Studien erklären diesen Widerspruch über eine empirisch nachweisbare Abnahme der Ungleichheit innerhalb des Lohngefüges selbst (ILO 2013). Innerhalb des schrumpfenden Anteils der Lohnmasse der Region verringerten sich auch

4 Die Lohnquote gibt den Anteil der Arbeitnehmerentgelte, also des Einkommens aus unselbstständiger Arbeit am gesamten Volkseinkommen an. Die Lohnquote wird häufig als Maßstab für die Einkommensverteilung angesehen.

die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Einkommen. Dies führte zwar dazu, dass die Einkommensungleichheit Lateinamerikas sank. Sowohl Investitionen als auch Beschäftigungseffekte wiesen in der Rohstoffboomphase aber gleichzeitig auf eine weitergehende Konzentration auf niedrig qualifizierte und nicht-handelbare Dienstleistungen hin, die mit einer Entwertung höherer Berufsqualifikationen einhergingen (CEPAL 2013: 136ff.; Warnecke-Berger 2023). Das Ergebnis dieser Politiken ist klar: Die wachsende Angleichung des Lohnniveaus wurde primär durch eine Ausweitung niedrig qualifizierter Arbeit bei gleichzeitiger Abwertung von Bildungstiteln erreicht.

Mit Blick auf diese Dynamik und dem Umstand, dass Lateinamerika mit einem Beschäftigungsanteil von durchschnittlich 65 Prozent im Dienstleistungssektor bereits deutlich über internationalen Vergleichswerten lag, machte die Weltbank eine beunruhigende Feststellung: „[...] what is normally considered to be a positive development – the decreasing inequality in labor earnings – may hide a worrisome trend, namely, a tendency towards specialization in low-skill, low-productivity non-tradable sector.“ (World Bank 2012: 39).

Mit anderen Worten: Zwar stieg das lohnabhängige Einkommen in den unteren Sektoren, aber nicht die Lohnsumme als Ganzes. Vielmehr dehnt sich Arbeit in Richtung niedrig qualifizierter Arbeitsfelder aus. Die Arbeitspolitiken der progressiven Regierungen tendierten also trotz positiver Beschäftigungseffekte zur Abwertung formeller Arbeit (z.B. Brasilien und Chile) oder in Richtung einer versteckten Prekarisierung. Die ökonomischen Unterschiede der Lohnabhängigen wurden geringer, ohne dass diese ihre sozioökonomische Position innerhalb der Wirtschaft insgesamt verbessern konnten.

Trotz verschiedener Bemühungen gelang es in der letzten Rohstoffboomphase also nicht, die tradierten Arbeitsregime der Region strukturell zu verändern. Das Maß an informeller Arbeit ist kaum gesunken, die Heterogenität der Arbeitsmärkte wurde nicht aufgebrochen, sie generierten weiter ein hohes Maß an Ungleichheit, schufen aber kaum Impulse für Produktivitätsentwicklung. Das Sinken der regionalen Einkommensungleichheit entstand in einem signifikanten Maße durch die Expansion eines schlecht ausgebildeten und sozial wenig abgesicherten Sektors niedrig qualifizierter Arbeit. Die dafür mobilisierten Ressourcen wiederum hingen nicht von Umverteilungs- und insbesondere Steuerpolitiken oder von Produktivitätsgewinnen, sondern weitgehend von wachsenden Rohstoffexporteinnahmen ab.

Die angestrebten Produktivitätszuwächse und daraus aufbauende wirtschaftliche Diversifizierung konnten während der letzten Boomphase des exportorientierten Entwicklungsmodells nicht erreicht werden. Jüngere Zahlen bestätigen diesen Befund. Nach Statistiken der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD 2023) machten die Primärrohstoffexporte in Venezuela, Chile, Ecuador und Bolivien im Jahr 2018 mehr als 80 Prozent der Gesamtexporte aus; in Argentinien und Brasilien lag dieser Anteil über 60 Prozent. Selbst dort, wo der Industriesektor (wie in Brasilien) stark ist, sind die Wachstumsraten in diesem Produktionszweig dennoch niedriger als in den Rohstoffsektoren. Statistiken der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL 2022) zeigen, dass beispielsweise in Argentinien 1990 die Rohstoffsektoren (Landwirtschaft und Bergbau) 9,1 Prozent und die Industrie 20,3 Prozent des BIP ausmachten. Die Industrie schrumpfte 2010 auf 15,8 Prozent, während der Rohstoffsektor im selben Jahr auf über 12 Prozent anstieg. Insgesamt konnte sich in der Region kein Industriezweig unabhängig von den Rohstoffsektoren entwickeln, so dass eine wirtschaftliche Diversifizierung ausblieb. Regional ist der Anteil der Industrie gemessen am BIP von 17,8 Prozent im Jahr 1990 auf 12,6 Prozent im Jahr 2018 gesunken.

Hieraus ergibt sich ein erster klarer Befund: Die neuen Sozial- als auch Arbeitspolitiken der Boomphase verringerten zwar bei gewissen Teilen der Bevölkerung die soziale Vulnerabilität; die Eintrittsbarrieren in den formalen, sozialversicherten Arbeitsmarkt blieben aber hoch. Stattdessen wurde Arbeit mit geringen Qualifikationsanforderungen gefördert und darüber indirekt eine Abwertung von Bildungstiteln begünstigt. So gelang es, die extremen Einkommensungleichheiten zu verringern, aber nicht, die tradierten Produktions- und Stratifikationsmuster der Region zu verändern. Mit dem Ende des Rohstoffbooms Mitte des letzten Jahrzehnts erschlaffte diese an Weltmarktpreise gekoppelte Sozialpolitik, so dass Armut und Ungleichheit bereits vor der Pandemie erneut zunahmen; die Pandemie beschleunigte diesen Prozess weiter (Dietz et al. 2022).

Offensichtlich steckt die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder in einem *middle income trap*⁵ (Paus 2020), aufgrund der es ihnen nicht gelingt, aus einer primären Exportspezialisierung herauszukommen und über

5 Mit dem Begriff *middle income trap* wird eine wirtschaftliche Entwicklungssituation beschrieben, in der ein Land, das aufgrund gegebener Vorteile (wie z.B. Rohstoffe in Lateinamerika) ein mittleres Einkommensniveau erreicht, auf diesem Level feststeckt, da es im Wettbewerb mit Gütern mit hoher Wertschöpfung nicht mithalten kann (Doner/ Schneider (2016).

Arbeitsproduktivitätssteigerungen eine qualitativ hochwertigere Produktionsstufe zu erreichen. Soll mit dem neuen grünen Rohstoffboom diese Falle verlassen werden und will sich die Region von einem rohstoffexportierenden zu einem sozial und ökologischen nachhaltigen Wirtschaftsmodell transformieren, bei dem das quantitative Mehr an Exporteinnahmen in ein qualitatives, ressourcenschonendes Wachstum mit Produktivitätszuwächsen verwandelt wird, ist es unabdinglich, Arbeit aufzuwerten. Diese Aufwertung geschieht über die Universalisierung von hochwertiger Ausbildung und guter sozialer Absicherung, die einen signifikativen Abbau informeller Beschäftigung einleitet und das Fundament für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität schafft.

Die dafür benötigten zusätzlichen Ressourcen können anfangs über die Einnahmen des neuen grünen Rohstoffbooms generiert werden. Die letzte Boomphase lehrt uns aber, dass dies nur kurzzeitig trägt; deshalb müssen Ressourcen jenseits der Rohstoffeinnahmen generiert werden. Die rasche Erschließung weiterer Einnahmen, die weniger von Weltmarkttrends abhängen und langfristige Strategien erlauben, wird erforderlich. Bis Produktivitätssteigerungen und Diversifizierungserfolge tragen, kann dies nur durch fiskalpolitische Maßnahmen erreicht werden.

Damit wird die Frage der Steuerreform zu einer der zentralen Fragen der lateinamerikanischen Entwicklung im 21. Jahrhundert.

4 Rohstoffe und Verteilung

Heute lassen sich die Steuersysteme Lateinamerikas durch drei Charakteristika kennzeichnen (Fehling/ Burchardt 2023): Erstens durch historisch bis heute stark auf Rohstoffexport und Außenhandel fokussierte Abgaben. Die Einnahmen aus Exportsteuern waren hierbei meistens an die Preisentwicklungen am Weltmarkt gebunden, machten die Staatseinnahmen volatil und förderten die Auslandsverschuldung sowie wirtschaftliche Krisen. Die Importzölle insbesondere auf Konsum und Vorleistungsgüter wiederum hatten oft eine protektionistische Komponente. Beide Steuerformen wiesen dem Außenhandel vor allem mit Agrargütern und Rohstoffen frühzeitig eine hohe Bedeutung zu und begünstigten die darin involvierten ökonomischen Eliten (Bértola 2016). Diese historische Abhängigkeit des Steueraufkommens von Rohstoffexporten (Clemens/ Williamson 2012) wurde während der letzten Boomphase nicht verringert, in einigen Fällen sogar erhöht.

Zweitens durch einen stark regressiven Charakter. Dieser basiert auf der einen Seite auf eine durchgehend sehr niedrige, direkte Besteuerung von Vermögen, hohen Einkommen und Unternehmensgewinnen. Während des Rohstoffbooms ist es den progressiven Regierungen nicht gelungen, durch direkte Steuern die Besteuerung der Vermögenden zu erhöhen. Nach jüngeren Zahlen der CEPAL (2021:67) beträgt die Einkommenssteuer in der Region aktuell 5,6 Prozent des BIP, die Vermögenssteuer beträgt 0,8 Prozent des BIP. Zusätzlich genießen Unternehmer:innen und Vermögende zahlreiche Privilegien der Steuervermeidung. Dazu gehören legale Steuerbefreiungen oder -ermäßigungen für neue Industrien, Investitionen oder für den Import von Investitionsgütern, sowie beschleunigte Abschreibungen. Für Einkommen gelten sehr hohe Steuerfreibeträge und sehr niedrige Höchststeuersätze von rund 26 Prozent in Lateinamerika gegenüber 41 Prozent in der EU (Jiménez 2017). Es gibt niedrige oder keine Erbschaftssteuern, dafür aber eine verbrämte Tolerierung illegitimer Steuerhinterziehung und Steuerflucht ins Ausland, sowohl von Einzelpersonen als auch transnationalen Unternehmen (CEPAL 2021). Diese historisch hohen Steuerhinterziehungsraten belaufen sich Schätzungen zufolge konstant auf 50 Prozent im Bereich der Einkommens- und Unternehmenssteuern (Centrángolo et al. 2017: 350); insgesamt wird ihr Umfang auf 60 Prozent der möglichen regionalen Steuereinnahmen geschätzt (CEPAL 2020b: 58). Dank dieser Politik zahlen die reichsten 10 Prozent einen effektiven Steuersatz von 5,4 Prozent im Vergleich zu den 20 Prozent, die sie in der EU zahlen (Busso/Messina 2020: 286).

Parallel dazu ist in der Region ein hohes Niveau und die regelmäßige Anhebung indirekter Steuern, vor allem der Mehrwertsteuer, zu beobachten. Auch hier ist es während des Rohstoffbooms zu keinen signifikanten Änderungen gekommen. Die Steuern auf den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen machen zurzeit 46 Prozent aus (CEPAL 2021: 67). Die indirekten Steuern liegen in Lateinamerika somit fast 14 Prozentpunkte höher als im OECD-Durchschnitt.

Insgesamt zeichnen sich die lateinamerikanischen Steuersysteme also bis heute durch eine bemerkenswert niedrige Steuerlast für Vermögende und einer verhältnismäßig hohen Belastung für niedrige Einkommen aus. Sie sind stark regressiv (Clifton et al. 2017) und verringern Ungleichheiten nicht, sondern perpetuieren bzw. vergrößern sie sogar in einzelnen Ländern.

Drittens dominiert in Lateinamerika bis heute eine sowohl distributive als auch alloкатive Steuerpolitik, die die Mittelschichten und ökonomischen

Eliten besonders begünstigt. Staatsausgaben konzentrieren sich traditionell auf staatliche Kernaufgaben (Militär, Verwaltung, Strukturpolitik und Unternehmenssubventionen sowie Schuldendienst) und vernachlässigen die wichtigen Bereiche der steuerlegitimierenden öffentlichen Dienstleistungen (wie Gesundheit, Erziehung, Kultur). Der lateinamerikanische Steuerstaat erfüllt somit seit seinem Entstehen nur sehr begrenzt Redistributionsaufgaben (Abad/Lindert 2017).

Auch diese Konstellation hat sich während des letzten Rohstoffbooms wenig verändert. Trotz des skizzierten Anstiegs der Sozialausgaben und einer leichten Verbesserung der Progressivität der regionalen Steuersysteme liegt das Umverteilungspotenzial der Steuern in Lateinamerika gerade einmal bei fünf Prozent. Im Vergleich dazu liegt die Umverteilung in der EU-OECD nach Steuern heute bei 38 Prozent (Izquierdo/ Pessino 2020: 283). Hier spiegelt sich sowohl die Niedrigbesteuerung hoher Einkommen und Vermögen als auch das hohe Maß an informeller Beschäftigung in der Region wider. So hat rund die Hälfte der Erwerbstätigen kaum oder keinen Zugang zu steuerfinanzierten öffentlichen Leistungen und noch weniger zu staatlichen Wirtschaftssubventionen. Sie finanziert aber über indirekte Steuern fiskalpolitische Distribution und Allokation mit, die vor allem Besserverdienenden zugutekommen.

Zusammenfassend bleibt zu konstatieren, dass die Regierungen in Lateinamerika während des jüngsten Rohstoffbooms dank anhaltender wirtschaftlicher Prosperität, expansiver Sozialpolitik und hoher politischer Legitimation zwar alle Voraussetzungen erfüllten, um in den Steuersystemen Strukturreformen durchzuführen, diese aber weitgehend unterlassen wurden (OECD et al. 2022: 47).

Diese fehlende Umsetzung von Steuerreformen ist weniger Ausdruck einer fehlenden institutionellen Durchsetzungskraft. Sie lässt sich auch nicht ausschließlich mit politischer Mutlosigkeit oder Opportunismus erklären. Sie ist vielmehr ein strukturelles Ergebnis des rohstoffexportierenden Entwicklungsmodells selbst: Zum einen hat es kleine, aber sehr agile und mächtige Eliten (Wirtschaft, Politik, Militär) hervorgebracht, die aufgrund der wenig diversifizierten Wirtschaft und gering ausdifferenzierten Gesellschaft über eine enorme Vetomacht verfügen und jede sie betreffende Form von Umverteilungspolitik sabotieren. Zum anderen haben die üppigen Rohstoffeinnahmen während der Boomphase die Regierungen dazu verführt, diese Konflikte nicht auszutragen, sondern vielmehr die Zusatzeinnahmen aus dem Rohstoffexport zu nutzen, um die soziale Frage zu

entschärfen und darüber politische Legitimation zu erhalten (Burchardt 2016).

Ein neuer 'grüner Extraktivismus', der seine Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen will, kann nur Erfolg haben, wenn er mit dieser Logik bricht. Dabei geht es nicht darum, den Konflikt mit den Eliten einzufordern. Vielmehr muss die wirtschaftliche Prosperität der nächsten Boomphase genutzt werden, um strukturelle Reformen demokratisch legitimiert umzusetzen. Eine Steuerreform, die effektiv höhere Einkommen und Vermögen besteuern will, ist nicht nur eine Frage technischer Umsetzung. Sie muss gleichzeitig Steuerlegitimität schaffen, das heißt die Ablehnung gegenüber Steuern bei wichtigen Teilen der Gesellschaft verringern. Dies lässt sich nicht nur mit Gesetzen oder effizienten Verwaltungen erreichen, sondern mit einem Staat, der hochwertige öffentliche Güter anbietet, die breit zugänglich sind, der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für große Teile der Erwerbstätigen verbessert und darüber Produktivitätspotenziale entfesselt, die die Wirtschaft und Gesellschaft dynamisieren. Es geht um Weichenstellungen für eine fiskalpolitische Distribution und Allokation, die die Lebensqualität der Steuerzahler:innen spürbar erhöht.

Die dafür erforderlichen Reformen lassen sich mit verschiedenen Maßnahmen erreichen. Erforderlich ist die zeitnahe Verbesserung der Datenlage zur Erfassung der hohen Einkommen und Vermögen sowie des Boden- und Immobilienbesitzes in der Gesamtregion durch die Einrichtung von öffentlichen Vermögensregistern, welche Auskunft und Vergleichsmöglichkeiten über den aktuellen Stand der nationalen Reichtumskonzentration sowie der jeweiligen Steuersituation geben. Dies ist eine gute Grundlage für eine effektive Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -flucht, die mittels einer verallgemeinerte Sanktionsgefahr, also nichts anderem als geltendem Recht, durchgesetzt werden muss. Dies würde das regionale Steueraufkommen nach verschiedenen Schätzungen um mindestens die Hälfte erhöhen (CEPAL 2020b: 54). Die Abschaffung pauschaler Steuerbefreiungen für hohe Einkommen und Vermögen könnte je nach Land zusätzliche Einnahmen zwischen zwei und sechs Prozent des regionalen BIP generieren (CEPAL/Oxfam 2019: 24; Ruiz 2020). Bei der vergleichsweise niedrigen Spitzensteuerbelastung (25–40 Prozent bei hohen Einkommen, nur fünf bis 15 Prozent bei Finanz- und Kapitaleinkommen) ist ebenfalls noch viel Luft nach oben. Vermögenssteuern existieren in Lateinamerika nur in Argentinien, Uruguay und Kolumbien (CIAT 2018); Erbschafts- und Grundsteuern sind viel zu niedrig angesetzt oder gar nicht vorhanden. Insgesamt gibt es hier also einen breiten Spielraum, ohne dass jemand

darben muss. Würden die reichsten zehn Prozent Lateinamerikas mit dem effektiven EU-Steuersatz besteuert, könnte die soziale Ungleichheit der Region auf den OECD-Durchschnitt reduziert werden (Valdés 2017).

Dort hingegen, wo eine hinreichende Steuerlegitimität nicht zu generieren und eine aktive Umverteilung politisch nicht durchzusetzen ist, kann über den Abbau von unternehmerischer Protektion und Subventionen sowie einer steuerfinanzierten Strukturpolitik zugunsten des öffentlichen Sektors eine passive Umverteilung umgesetzt werden.

5 Steuern und Energiewende

Die letzte Rohstoffboomphase in Lateinamerika hat verdeutlicht, dass Entwicklung keine Frage von Knappheit ist. Ressourcen sind genug da. Es geht nur um deren kluge Mobilisierung und Verteilung. Entwicklung durch Rohstoffexport ist also immer eine Frage der Politik. Die vorliegende Analyse der Arbeitsbeziehungen und Steuersysteme zeigt, dass es Staat und Politik trotz exzellenter Ausgangsbedingungen und klar artikulierten politischen Willens, strukturellen Wandel zu fördern, nicht geschafft haben, ihre Ziele auch nur annähernd zu erreichen.

Der Grund dafür ist, dass Staat und Regierungen nicht jenseits der Rohstoffe stehen, sie werden vielmehr von ihnen geprägt. In Extraktionsökonomien werden Einnahmen über Naturausbeutung generiert. Den erwirtschafteten Rohstoffeinkommen steht meistens keine profunde Arbeits- und Investitionsleistung des Empfängers gegenüber, sie sind relativ frei verfügbar. Arbeit hat keinen oder nur einen niedrigen Wert für die Schaffung von Wohlstand. Gleichzeitig wird über die Verteilung der Rohstoffeinnahmen nicht durch ökonomische Allokation, Wettbewerb und Effizienz, sondern primär politisch und meistens durch den Staat als zentralen Akteur entschieden (Warnecke-Berger 2021). Coronil (2008:19) hat das einmal prägnant formuliert: Gilt in Marktwirtschaften „the business of politics is business“, mit anderen Worten, der Staat setzt die zentralen Parameter für die kapitalistische Akkumulation, heißt es in Rentierstaaten „the business of business is politics“.

Zusätzlich entbinden die von außen kommenden Rohstoffeinnahmen den Staat von der Notwendigkeit der Besteuerung der Bevölkerung. Wo aber kein Fiskalvertrag zwischen Staat und Gesellschaft erforderlich ist, verringert sich auch das Erfordernis, die Legitimierung des Staates primär durch demokratische und soziale Teilhabe zu sichern: *No Taxation, No Rep-*

resentation. Staat und Regierungen können sich eine geringe Responsivität gegenüber gesellschaftlichen Forderungen und partikularen Interessen erlauben und treten verstärkt als Verteilungsagenten auf. Nicht die demokratische Partizipation sichert die Legitimität der Bevölkerung, sondern das Versprechen auf materielle Teilhabe durch Verteilung der Rohstoffeinnahmen.

Die staatliche Ausgabenpolitik zielt in Rohstoffgesellschaften somit primär auf die Sicherung politischer Loyalität und Stabilität. Die ungleiche Verteilung der Rohstoffrenten innerhalb der Bevölkerung ermöglicht dem Staat verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu kooptieren und die Gesellschaft, zumindest in Zeiten hoher Einnahmen, tendenziell zu befrieden.

Diese besondere Gemengelage hemmt das Transformationspotenzial von Regierungen und Staaten, die rohstoffexportierende Entwicklungsmodelle verfolgen. Wenn Macht, Status und Wohlstand primär vom Zugang zu Rohstoffrenten und somit vom Zugang zum Staat abhängen, ist es für den Staatsapparat als Ganzes selbst dysfunktional, Entwicklungsalternativen im Sinne von mehr Produktivität, Diversifizierung oder nachhaltigem Wachstum zu schaffen (Warnecke-Berger/Ickler 2023). Vielmehr haben im Staat und in den Regierungen viele Akteure ein Interesse, das Extraktionsmodell institutionell abzusichern und weiter zu vertiefen, um ihre Autonomie und eigenen Privilegien zu bewahren.

Dies erklärt, warum die politischen Eliten in Lateinamerika während der letzten Boomphase selbst unter optimalen Reformbedingungen (parlamentarische Mehrheiten, konsolidierte Demokratie, wirtschaftliche Prosperität, volle Staatskassen, hohe Legitimation), keine Universalisierung von Sozialpolitik oder stärkere Regulierung der informellen Arbeit sowie fiskalpolitische Umverteilung umgesetzt haben, die mehr soziale Kohäsion, wirtschaftliche Produktivität und anhaltende politische Stabilität garantieren.

Die Dynamiken dieser Kräftekonstellation lassen sich als ein Fahrstuhl Effekt beschreiben, also eine kollektive Aufwärtsmobilität, bei der während der Boomphase fast alle beteiligten Gruppen gleichermaßen nach oben befördert wurden, ohne die innere Zusammensetzung der Gesellschaft zu verändern. Der Staat übte die zentrale Funktion aus, dieses Gleichgewicht kontinuierlich zu regulieren. Konflikte mit einflussreichen Gruppen insbesondere mit den ökonomischen Eliten, die bei einer aktiveren Arbeitspolitik oder Steuerreformen zwangsläufig entstanden wären, wurden über Mehrausgaben kompensiert und vermieden. Die Wirtschaftseliten konnten ihre Vermögen unter den progressiven Regierungen darum nicht nur halten, sondern oft sogar ausbauen. Insgesamt basierte der so entstandene

Konsens nicht auf sozialem Zusammenhalt, sondern eher auf einer Art rohstoffbasierter Beutegemeinschaft, die so lange stabil blieb, wie ausreichend zu verteilen war (Burchardt/Dietz 2014).

Allerdings werden in politischen Allianzen, die sich primär nicht durch Kompromiss, sondern als Beutegemeinschaft auszeichnen, institutionelle Legalität und demokratische Institutionen schleichend erodiert. Sowohl das Erstarken autoritärer Tendenzen in Ländern wie Venezuela als auch der drastische Einflussgewinn (rechts-)populistischer Regierungen und Bewegungen wie in Argentinien lassen befürchten, dass die progressiven Regierungen, die während des letzten Rohstoffbooms versuchten, über Rohstoffextraktion auch die soziale Teilhabe in der Region zu erhöhen, vielleicht langfristig die Herrschaftsform geschwächt haben, die sie an die Macht gebracht hat: die Demokratie.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Rohstofforientierung die Wettbewerbsfähigkeit des nicht-extraktiven Sektors ökonomisch reduzierte und stattdessen eine niedrige regionale Arbeitsproduktivität festigte. Sozial- und arbeitspolitisch minderte das Modell Armut bestenfalls temporär, ging aber nicht die zugrundeliegenden Ursachen der strukturellen Heterogenität an. Statt fiskalpolitischer Umverteilung fand eine (Mehr-)Verteilung der zusätzlich erwirtschafteten Rohstoffeinkommen statt. Mit dem durch Rohstoffexporte erkaufenen Verzicht auf Strukturreformen konnten gesellschaftliche Verteilungskonflikte und der Widerstand der Mittel- und Oberschicht bequem geschwächt bzw. umgangen werden. Politisch verfestigten sich oft exklusive und klientelistische Herrschaftsstrukturen, die sich um das Rohstoffexportmodell herum entwickelten und kein tiefergehendes Interesse an Transformation hatten. Bei diesen Dynamiken handelte es sich nicht um Naturgesetzmäßigkeiten, sondern um Muster, die sehr stark von ihrer institutionellen, sozialen und kulturellen Einbettung abhängig waren und somit der Politik in der Zukunft deutliche Handlungsoptionen einräumen.

Soll der neue Rohstoffboom für eine Energiewende und sozial-ökologische Transformation genutzt werden soll, gibt es einen klaren Fahrplan. Ein Einsatz grüner Technologien wird definitiv nicht reichen. Für eine nachhaltige Entwicklung muss ein 'grüner Extraktivismus' durchgehend mit Strukturreformen in der Sozialpolitik, in den Arbeitsbeziehungen sowie in den Steuersystemen verknüpft werden, die die strukturelle Heterogenität abbauen. Und zwar so engmaschig, dass jede neu eingeleitete Extraktionsaktivität ihren konkreten Widerhall in derartigen Reformmaßnahmen findet. Die Reformierung des Steuersystems hat hierbei im Zentrum jeder rohstoffexportierenden Strategie zu stehen, die eine Transformation ver-

folgt. Durch Steuern kann der Staat Einnahmen garantieren, die nicht direkt der Naturausbeutung sowie der volatilen Weltmarktdynamik unterliegen, die den langfristigen qualitativ hochwertigen Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen als soziale Rechte finanzieren und die wirtschaftliche Diversifizierung und Produktivitätspotenziale zugunsten einer Energiewende fördern. Können solche Maßnahmen anfangs auch durch neue Rohstoffeinnahmen finanziert werden, muss von Beginn an klar formuliert werden, wie sie graduell auf eine Steuerfinanzierung umgestellt werden. Breite Legitimation für solche Steuerreformen können Regierungen am besten in wirtschaftlichen Prosperitätsphasen erlangen.

Der dadurch heranwachsende Fiskalvertrag garantiert zusätzlich die Demokratisierung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft. Steuereinnahmen und -ausgaben müssen politisch legitimiert werden, die Beutegemeinschaft transformiert zur partizipativen Gesellschaft, die den verschiedenen sozialen Gruppen eine formal-gleiche Teilhabe garantiert. *Taxation and Representation* würde im Idealfall zur neuen Konfiguration der gesellschaftlichen Organisation.

Gleichzeitig muss die Politik eines 'grünen Extraktivismus' neue Antworten auf den Strukturwandel der Weltwirtschaft, die sich in Richtung Dekarbonisierung und Digitalisierung entwickelt, finden. Mit dem Bedeutungsverlust fossiler Energien werden für Erdöl- und Gas-exportierende Länder wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador mittelfristig schmerzhaft Einnahmeverluste absehbar. Anstatt traditionell den Exportwarenkorb auf andere Rohstoffe umzuschichten (wie es z.B. Venezuela durch massive Bergbauförderung im Amazonas versucht) und somit weiter steigende Umweltbelastungen in Kauf zu nehmen, ist ein profunder Strukturwandel schon jetzt das Gebot der Stunde.

Die bisherigen Überlegungen zeigen, dass es für Lateinamerika durchaus möglich ist, mit einem 'grünen Extraktivismus' eine nachhaltige Entwicklung und eine Energiewende zu fördern. Dazu muss aber jeder weitere Schritt der Rohstoffextraktion mit konkreten Maßnahmen in Richtung sozialpolitischer Universalisierung sowie den Abbau der informellen Beschäftigung einher gehen, die möglichst rasch mit steuerpolitischer Umverteilung zu verzahnen sind. Ziel all dieser Bemühungen ist die Schaffung gut abgesicherter, hoch qualifizierter und weniger ressourcenintensiver Arbeit, mit der es gelingt, über eine wissensbasierte und technologisch effiziente Produktion die Arbeitsproduktivität zu erhöhen sowie eine einheimische Technologieproduktion zu begründen, die unter Nachhaltigkeitsvorzeichen in ein neues weltwirtschaftliches Integrationsmuster mündet.

Sollte dies nicht geschehen, wird auch der sich neu ankündigende Rohstoffboom in Lateinamerika weder Nachhaltigkeit noch soziale Kohäsion befördern. Es würde eine an Ressourcen und Menschen noch weiter ausgelaugte Region zurückbleiben. Die Geschichte würde sich wiederholen; diesmal jedoch als Farce, denn die Politik wusste rechtzeitig, was zu tun ist.

6 Literatur

- Abad, Leticia Arroyo; Lindert, Peter H. (2017): Fiscal Redistribution in Latin America Since the Nineteenth Century, in: Bértola, Luis; Williamson, Jeffrey (Hg.), *Has Latin American Inequality Changed Direction? Looking over the long-run*, Cham: Springer, 243-282. https://doi.org/10.1007/978-3-319-44621-9_11.
- Barrientos, Armando (2013): *Social Assistance in Developing Countries*, Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139856058>.
- Bayly, Christopher A. (2004): *The Birth of the Modern World, 1780-1914: Global Connections and Comparisons*, Malden, Oxford, Victoria: Blackwell.
- Bértola, Luis (2016): Development patterns and welfare States in Latin America, in: Bàrcena Ibarra, Alicia; Prado, Antonio (Hg.), *Neoliberalism and heterodox thinking in Latin America and the Caribbean in the early twenty-first century*, ECLAC Books 132, Santiago: ECLAC, 239-270.
- Blofield, Merike; Filgueira, Fernando (2020): COVID-19 and Latin America: Social Impact, Policies and a Fiscal Case for an Emergency Social Protection Floor, Buenos Aires: CIPPEC. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.26487.98723>.
- Borges, Fabián A. (2018): Neoliberalism with a Human Face? Ideology and the Diffusion of Latin America's Conditional Cash Transfers, in: *Comparative Politics*, 50, 147-167. <https://doi.org/10.5129/001041518822263647>.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2016): Zeitenwende? Lateinamerikas neue Krisen und Chancen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Vol. 66, No. 39, 4-9. [https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2016-39_online.pdf], aufgerufen am 12.11.2024.
- Burchardt, Hans-Jürgen; Dietz, Kristina (2014): (Neo-)Extractivism: a new challenge for development theory from Latin America, in: *Third World Quarterly*, 35, 468-486. <https://doi.org/10.1080/01436597.2014.893488>.
- Burchardt, Hans-Jürgen; Dietz, Kristina; Warnecke-Berger, Hannes (2021): Dependency, Rent, and the Failure of Neo-Extractivism, in: Madariaga, Aldo; Palestini, Stefano (Hg.), *Dependent Capitalisms in Contemporary Latin America and Europe*, Cham: Palgrave Macmillan, 207-229. https://doi.org/10.1007/978-3-030-71315-7_9.
- Burchardt, Hans-Jürgen; Leinius, Johanna (2022): (Post-)colonial Archipelagos: Comparing the Legacies of Spanish Colonialism in Cuba, Puerto Rico, and the Philippines, Michigan: The University of Michigan Press. <https://doi.org/10.3998/mpub.11747103>.
- Busso, Matías; Messina, Julián (2020): Overview: Fractured Societies, in: Busso, Matías; Messina, Julián (Hg.), *The Inequality Crisis: Latin America and the Caribbean at the Crossroads*, Washington: Inter-American Development Bank, 1-14.

- Centrángolo, Oscar; Gómez Sabaini, Juan Carlos; Dalmiro, Morán (2017): La evasión tributaria en los países de la región, in: Gómez Sabaini, Juan Carlos; Jiménez, Juan Pablo; Martner, Ricardo (Hg.), Consensos y conflictos en la política tributaria de América Latina, Libros de la CEPAL, 142, 337-364.
- CEPAL (2011): Panorama Social de América Latina 2011. LC/G.2514-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2012a): Anuario estadístico de América Latina y el Caribe 2021. LC/G.2554-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2012b): Panorama social de América Latina 2021. LC/G.2557-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2012c): Cambio estructural para la igualdad: Una visión integrada del desarrollo. LC/G.2524(SES.34/3). Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2013): Estudio Económico de América Latina y el Caribe: Tres décadas de crecimiento desigual e inestable. LC/G.2574-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2016): Panorama Social de América Latina y el Caribe 2015. LC/G.2691-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2018): La ineficiencia de la desigualdad. LC/SES.37/3-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2020a): Anuario estadístico de América latina y el Caribe 2019. LC/PUB.2020/2-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2020b): Panorama fiscal de América Latina y el Caribe, 2020. LC/PUB.2020/6-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2021). Panorama Fiscal de América Latina y el Caribe: Los desafíos de la política fiscal en la recuperación transformadora pos-COVID-19. LC/PUB.2021/5-P. Santiago de Chile: CEPAL.
- CEPAL (2022): CEPALStat: Bases de Datos y Publicaciones Estadísticas, Santiago de Chile: Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL). [<https://estadisticas.cepal.org/cepalstat/Portada.html>] <16.09.2024>.
- CEPAL / Oxfam (2019): Los incentivos fiscales a las empresas en América Latina y el Caribe, LC/TS.2019/50, Santiago: CEPAL/Oxfam.
- CIAT (2018): Impuestos a la Riqueza o al Patrimonio de las Personas Físicas con especial mención a América Latina y El Caribe. [https://www.ciat.org/Biblioteca/DocumentosdeTrabajo/2018/DT_01_2018_benitez_velayos.pdf], <16.09.2024>.
- Clemens, Michael A.; Williamson, Jeffrey G. (2012): Why Were Latin America's Tariffs so Much Higher Than Asia's Before 1950?, in: Journal of Iberian and Latin American Economic History, 30, 11–44, <https://doi.org/10.1017/S021261091100019X>.
- Clifton, Judith; Díaz-Fuentes, Daniel; Revuelta, Julio (2017): Fiscal Policy and Inequality in Latin America, 1960-2012, in: Bértola, Luis; Williamson, Jeffrey (Hg.), Has Latin American Inequality Changed Direction? Looking over the long-run, Cham: Springer, 387-406, <https://doi.org/10.1007/978-3-319-44621-9>
- Coronil, Fernando (2008): It's the Oil, Stupid!!!, in: ReVista. Harvard Review of Latin America, 7, 19–20.

- De Vries, Gaaitzen; Arfelt, Linda; Drees, Dorothea; Godemann, Mareike; Hamilton, Calumn; Jessen-Thiesen, Bente; Kaya, Ahmet Ihsan; Kruse, Hagen; Mensah, Emmanuel; Woltjer, Pieter (2021): The Economic Transformation Database (ETD): Content, Sources, and Methods. WIDER Technical Note 2/2021, <https://doi.org/10.35188/UNU-WIDER/WTN/2021-2>.
- Diao, Xinshen; McMillan, Margaret; Rodrik, Dani (2019): The Recent Growth Boom in Developing Economies: A Structural-Change Perspective, in: Nissanke, Machiko; Ocampo, José Antonio (Hg.), *The Palgrave Handbook of Development Economics: Critical Reflections on Globalisation and Development*, Cham: Palgrave Macmillan, 281-334, https://doi.org/10.1007/978-3-030-14000-7_9.
- Dietz, Kristina; Peters, Stefan; Schnepel, Christina (Hg.) (2022): *Corona in Lateinamerika*, Baden-Baden: Nomos.
- Doner, Richard F.; Schneider, Ben Ross (2016): The Middle-Income Trap, in: *World Politics*, 68, 608–644, <https://doi.org/10.1017/S0043887116000095>.
- ECLAC; ILO (2012): *The employment situation in Latin America and the Caribbean: Labour productivity and distribution issues*, Santiago de Chile: United Nations.
- Ellner, Steve (2019): Pink-Tide Governments: Pragmatic and Populist Responses to Challenges from the Right, in: *Latin American Perspectives*, 46, 4–22, <https://doi.org/10.1177/0094582X18805949>.
- Ericsson, Magnus; Löf, Olof (2018): Mining's Contribution to Low- and Middle-Income Economies, in: Addison, Tony; Roe, Alan (Hg.): *Extractive Industries: The Management of Resources as a Driver of Sustainable Development*, Oxford, London: Oxford University Press, 51-70, <https://doi.org/10.1093/oso/9780198817369.001.0001>.
- Fehling, Philip; Burchardt, Hans-Jürgen (Hg.) (2023): *Taxation and Inequality in Latin America: New Perspectives on Political Economy and Tax Regimes*, London: Routledge.
- Filgueira, Fernando; Reygadas, Luis; Luna, Juan Pablo; Alegre, Pablo (2011): Shallow States, Deep Inequalities, and the Limits of Conservative Modernization: The Politics and Policies of Incorporation in Latin America, in: Blofield, Merike (Hg.), *The Great Gap: Inequality and the Politics of Redistribution in Latin America*, Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press, 245–277.
- IEA (2021): *The Role of Critical Minerals in Clean Energy Transition*. World Energy Outlook Special Report, [<https://www.iea.org/reports/the-role-of-critical-minerals-in-clean-energy-transitions>] <16.09.2024>.
- ILO (2013): *2012 Labour Overview: Latin America and the Caribbean*. Lima: ILO Regional Office for Latin America and the Caribbean.
- ILO (2014): *2013 Labour Overview: Latin America and the Caribbean*. Lima: ILO Regional Office for Latin America and the Caribbean.
- ILO (2020): *Panorama Laboral 2019: América Latina y el Caribe*. Lima: ILO Regional Office for Latin America and the Caribbean.
- ILO (2023): *Panorama Laboral 2023 de América Latina y el Caribe*. Lima: ILO Regional Office for Latin America and the Caribbean.

- Izquierdo, Alejandro; Pessino, Carola (2020): Limited Redistributions Through Fiscal Policies, in: Busso, Matías; Messina, Julián (Hg.), *The Inequality Crisis. Latin America and the Caribbean at the Crossroads*, Washington: Inter-American Development Bank, 279-310, <http://dx.doi.org/10.18235/0002629>.
- Jiménez, Juan Pablo (2017): Equidad y sistema tributario en América Latina, in: *Nueva Sociedad*, 272, 51-67.
- OECD, et al. (2018): *Estadísticas tributarias en América Latina y el Caribe 2018*, Paris: OECD Publishing, https://doi.org/10.1787/rev_lat_car-2018-en-fr.
- OECD et al. (2022): *Revenue Statistics in Latin America and the Caribbean 2022*. Paris: OECD, <https://doi.org/10.1787/58a2dc35-en-es>.
- Paus, Eva (2020): Innovation Strategies Matter: Latin America's Middle-Income Trap Meets China and Globalisation, in: *Journal of Development Studies*, 56, 657-679, <https://doi.org/10.1080/00220388.2019.1595600>.
- UNCTAD (2024): UNCTADstat International Trade Statistics, [<https://unctadstat.unctad.org/>] <17.09.2024>.
- Valdés, María Fernanda (2017): ¿Dónde estamos? Desigualdad y reformas tributarias en América Latina, in: *Nueva Sociedad*, 272, 77-89.
- Voskoboinik, Daniel Macmillan; Andreucci, Diego (2021): Greening extractivism: Environmental discourses and resource governance in the 'Lithium Triangle', in: *Environment and Planning E: Nature and Space*, 5, 1-18, <https://doi.org/10.1177/25148486211006345>.
- Warnecke-Berger, Hannes (2021): Rent, Capitalism and the Challenges of Global Uneven Development, in: Warnecke-Berger, Hannes (Hg.), *Development, Capitalism, and Rent: The Political Economy of Hartmut Elsenhans*, London, New York: Palgrave Macmillan, 1-16.
- Warnecke-Berger, Hannes (2023): Extractivism, Nature, and Wealth: Unequal Specialization and the Modernization of Elite Rule in Latin America, in: Burchardt, Hans-Jürgen; Lungo Rodríguez, Irene (Hg.), *Wealth, Development and Social Inequalities in Latin America: Transdisciplinary Insights*, London: Routledge, 46-64.
- World Bank (2012): *The Labor Market Story Behind Latin America's Transformation*, Washington: The World Bank.
- World Bank (2021): *World Bank Commodity Price Data (The Pink Sheet)*. [<http://pubdocs.worldbank.org/en/226371486076391711/CMO-Historical-Data-Annual.xlsx>] <17.09.2024>.
- WID [World Inequality Database] (2024). [<https://wid.world/>] <17.09.2024>.
- Williamson, Jeffrey G. (2015): Latin American Inequality: Colonial Origins, Commodity Booms or a Missed Twentieth-Century Leveling?, in: *Journal of Human Development and Capabilities*, 16, 324-341, <https://doi.org/10.1080/19452829.2015.1044821>.

